



REUTERS / DYLAN MARTINEZ

Viele Kinder sorgen sich um die Zukunft des Planeten. Mit ihren Anliegen sollten sie mehr Gehör finden, sagen Expertinnen und Experten der Kinderliga

Stärker in Kinder investieren

Zukunft. Fast jedes vierte Kind ist mit sozialen oder gesundheitlichen Einschränkungen konfrontiert. Experten fordern ein Maßnahmenpaket – und ein eigenes Kinderministerium

VON MARLENE PATSALIDIS

„Die Situation von Kindern in Österreich hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert“, sagt Christoph Hackspiel, Präsident der Österreichischen Kinderliga, anlässlich der Präsentation des diesjährigen Berichts zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit am Donnerstag. Familien würden zunehmend vor existenziellen Herausforderungen wie Armut oder Armutsgefährdung stehen, junge Menschen nach wie vor an den Pandemiefolgen leiden. Hinzu kämen überbordender Informationsfluss in sozialen Medien und Zukunftsängste.

Mehr Mittel

„20 bis 25 Prozent, rund 400.000 Kinder und Jugendliche, sind mit psychischen, sozialen oder körperlichen Einschränkungen konfrontiert“, präzisiert der Psychologe. Hinzu kämen an die 10.000 Kinder, die traumatisierende Auswirkungen von Gewalt, Missbrauch oder

Vernachlässigung verarbeiten müssen. „Das Risiko, dass sie ein Leben lang mit den Folgen kämpfen, ist groß.“

Neben individuellem Leid bedinge das immense volkswirtschaftliche Kosten: „Die fehlende Unterstützung verursacht pro Jahr rund zehn Milliarden Euro an Folgekosten“, sagt Hackspiel, der von einer künftigen Regierung ein zwei Milliarden Euro schweres Maßnahmenpaket und ein eigenes Kinderministerium „für chancengleiches Aufwachsen“ fordert.

Risikofaktor Armut

22 Prozent der Kinder sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. EU-weit besteht mit dem „European Child Guarantee“ eine Selbstverpflichtung aller Mitgliedsstaaten, Kinderarmut bis 2030 abzuschaffen. In Österreich wird dieses Ziel mit dem „Programm Kinderchancen“ umgesetzt. Eine begrüßenswerte Entwicklung, findet Hackspiel, der sich darüber hinaus noch intensivere Bemühungen beim Zu-

gang zu Bildung oder gesunder Ernährung wünscht.

Selbstwertprobleme, Aggression, Ängste, Essstörungen: Die Krisen junger Menschen haben sich durch die Pandemie anhaltend verschärft, sagt Hackspiel. Wie groß die Belastung Heranwachsender ist, zeigt der Blick auf die Zahl der Suizidgedanken und -versuche: „Die Zahl der deswegen hospitalisierten Kinder hat sich mehr als verdoppelt.“

Neben umfassender Akuthilfe – Hackspiel hebt das psychosoziale Versorgungsprojekt „Gesund aus der Krise“ hervor, das vom Gesundheitsministerium während der Pandemie österreichweit geschaffen wurde – gelte es präventiv zu agieren. Etwa durch entsprechende Angebote in Kindergärten und Schulen. „Damit Kinder erst gar nicht in komplexe Krisen schlittern.“ Ob ein Kind psychisch oder körperlich erkrankt, hängt auch maßgeblich von seinem sozioökonomischen Hintergrund ab. Angebote für so-

zial benachteiligte Familien seien zentral, „um Chancengerechtigkeit herzustellen“.

Obwohl Kinderrechte seit 35 Jahren in Österreich gelten und seit 2011 in der Verfassung festgeschrieben sind, „bleiben sie ein Thema“, sagt Hedwig Wölfl, Kinderliga-Vizepräsidentin und Leiterin der Kinderschutzorganisation Möwe. Positiv sieht sie das 2023 von der Regierung verabschiedete Kinderschutzmaßnahmenpaket.

Frühe Förderung

Erfreuliches gebe es auch aus dem Bereich der frühen Förderung zu berichten: „Die Frühen Hilfen (unterstützen Schwangere und Familien mit Kindern von null bis drei Jahren, Anm.) wurden vergangenes Jahr auf ganz Österreich ausgeweitet.“

Wichtig sind laut Caroline Culen, Geschäftsführerin der Kinderliga, mehr Impulse in Richtung einer kindgerechten Digitalisierung: „Kinder bewegen sich im digitalen Raum vielfach versiert, werden aber oft allein gelassen.“

In virtuellen Räumen tauschen sich Kinder auch über die Zukunft des Planeten aus. Als „Klimaangst“ wird die wachsende Not, die von ihnen angesichts der klimatischen Veränderungen empfunden wird, bezeichnet. „Wir müssen es ernst nehmen, wenn Kinder keine lebenswerte Zukunft mehr sehen. Es braucht Optionen für sie, die Lösung dieser Probleme mitgestalten zu können.“

Bedeutendes Investment

Gehör sollten Kinder nicht nur beim Klimaschutz finden. „Es sollte uns allgemein ein Anliegen sein, ihnen eine Stimme zu geben“, sagt Wölfl. Dabei gelte der Grundsatz, dass alle Kinder – und damit insbesondere auch jene mit Einschränkungen – die gleichen Chancen haben sollten.

„Wir alle sollten möglichst viel in unsere Kinder investieren“, fasst Hackspiel zusammen. „Damit wir mit starken, resilienten Kindern als Ressourcen gute Zukunftsaussichten haben.“

Alzheimer: EU-Behörde für Zulassung von neuem Präparat

Leqembi. Die Europäische Arzneimittelagentur EMA spricht sich jetzt doch für eine – begrenzte – Zulassung des Medikaments Leqembi (Lecanemab) zur Behandlung von leichter Demenz als Folge einer frühen Alzheimer-Krankheit aus. Nach erneuter Prüfung seines ursprünglichen Gutachtens hat der Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der EMA empfohlen, die Genehmigung bei jenen Patientinnen und Patienten zu erteilen, die nur eine oder keine Kopie des Gens für das Protein Apolipoprotein E4 haben. Das teilte die EMA am frühen Donnerstagabend in einer Aussendung mit.

Bei dieser Patientengruppe sei das Risiko von schwerwiegenden Nebenwirkungen durch das Medikament – Schwellungen und mögliche Blutungen im Gehirn – deutlich geringer als bei Menschen mit zwei Kopien dieses Gens. Im Juli dieses Jahres hatte sich der Ausschuss gegen eine Zulassung ausgesprochen, die US-Gesundheitsbehörde FDA hingegen für eine Zulassung.

Langsamere Verlauf

Das Apolipoprotein E (ApoE) beliefert die Gehirnzellen mit wichtigen Nährstoffen. Es kommt beim Menschen in einer von drei Varianten vor. Das Alzheimerisiko steigt bei der Variante ApoE4 (15 % der Bevölkerung) deutlich an.

Der Antikörper Lecanemab, der unter dem Namen Leqembi von den Firmen Eisai und Biogen vermarktet wird, wird das erste Medikament in Europa sein, das direkt die Erkrankung und nicht nur deren Symptome behandelt. Leqembi zielt darauf ab, das Fortschreiten von Alzheimer zu verlangsamen, indem es Ablagerungen des Proteins Beta-Amyloid aus dem Gehirn entfernt.

Das Gutachten des EMA-Ausschusses wird jetzt an die EU-Kommission weitergeleitet, die dann endgültig über die Zulassung entscheidet, dabei aber in der Regel den EMA-Empfehlungen folgt. **EM**



© iStockphoto/Danijela Bogdanovic

KURIER

Wir wollen Klarheit.

Haben Sie Wien schon nachts gesehen?

Für mehr Klarheit hier scannen.



© iStockphoto/SpitzFoto